

Mehr Eigenvorsorge in der Pflege



von Peter Thelen

veröffentlicht am 01.03.2022

Unter dem Eindruck der Pandemie hat die Ampelkoalition der Pflegepolitik in ihrem Koalitionsvertrag einen besonders hohen Stellenwert eingeräumt. Umso mehr dürfte sie sich über die Kritik ärgern, die sie nun von einer **Verbände-Allianz rund um die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** erfährt. Der pflegepolitische Teil des Vertrages sei von allen Kapiteln der am wenigsten innovative, heißt es in dem Papier, das Tagesspiegel Background vorliegt. Konkret kritisieren die Unterzeichner **ungeklärte Finanzierungsfragen**, die dafür sorgten, dass dieses Kapitel bald Makulatur werden dürfte, da die Pflegeversicherung sehr schnell in ein großes strukturelles Defizit stürzen werde. Die Koalition solle diesen Umstand für einen möglichst schnellen **pflegepolitischen Neustart** nutzen, fordert die Allianz.

So führe die geplante Begrenzung des Eigenanteils im Rahmen der Umlagefinanzierung nur zu einer Erhöhung der impliziten Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen. Gleiches gelte auch für die Dynamisierung des Pflegegelds und die Angleichung der Löhne von Alten- und Krankenpflege. Auch sie seien nicht nachhaltig finanziert. Eine **ergänzende, generationengerechte Finanzierung im Kapitaldeckungsverfahren** sei unabdingbar. Außerdem sollten die Versicherten auf mehr Eigenvorsorge, sprich Zusatzpflegeversicherungen, vorbereitet werden.

In diesem Zusammenhang kritisiert die Allianz den Prüfauftrag an eine Expertenkommission, die soziale Pflegeversicherung um eine freiwillige, paritätisch finanzierte zu ergänzen, als zu diffus. Er berge die Gefahr, weitere **falsche Erwartungen an die Finanzierbarkeit** von Leistungsausweitungen im Umlageverfahren zu nähren.

Der angekündigten maßvollen **Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung** erteilen die Autoren eine Absage. Dadurch drohe eine Überschreitung der wirtschaftspolitisch bedeutsamen **Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 Prozent**. „Dazu darf es nicht kommen, denn mit einer Beitragssatz-Anhebung würde der erhebliche strukturelle Reformbedarf nur weiter verschleppt und sogar gesteigert,“ heißt es.

Zudem solle die Politik aufhören, sich in die Lohnfindung in der Pflege einzumischen. Ab dem 1. September 2022 gelte eine **faktische Tarifpflicht in der Altenpflege**. Damit werde das Prinzip der Freiwilligkeit in der Tarifautonomie aufgegeben. Marktwirtschaft und unternehmerische Freiheit würden der Pflege geopfert, obwohl das nicht erforderlich sei, da die Löhne auch ohne diese Einmischung stark gestiegen seien: seit 2010 um 32,8 Prozent bei Fachkräften in Altenheimen und um 38,6 Prozent bei Fachkräften in Pflegeheimen. Derweil seien die Bruttolöhne in der Gesamtwirtschaft nur um 21,2 Prozent gestiegen.

Unterzeichner sind neben der BDA der Arbeitgeberverband Pflege, der **Bundesverband der Betreuungsdienste**, der Verband der Familienunternehmer, der Verband der Deutschen Alten- und Behindertenhilfe und der Wirtschaftsrat der CDU. Auch der Verband der Privaten Krankenversicherung, dessen Geschäft mit **Pflegezusatzversicherungen** in den vergangenen Jahren nur maßvoll gestiegen ist, hat unterzeichnet. *pt*